

nem Staatsorganisationsprinzip und dem Alimentationsprinzip.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Insofern widersprachen diese Ausführungen so grob der Rechtslage, dass ich im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des Unterausschusses Personal weiterhin dabei bleiben darf, dass diese Rechtsauffassung nicht vertretbar ist.

(Beifall von der CDU)

Um einen Strich darunter zu ziehen: Sie hätten sich und uns sowie vielen Sachverständigen viel Arbeit ersparen können. Sie hätten den Beamtinnen und Beamten früher das geben können, was ihnen zusteht. Den Schaden verantworten Sie jetzt als rot-grüne Mehrheit mit dieser Landesregierung. Ich hoffe, dass dieser Schaden begrenzt bleibt im Sinne der Beamtinnen und Beamten und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Damit sind wir am Ende der Beratung und der Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung. – Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7179, den Gesetzentwurf Drucksache 16/6688 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6688 selbst. Wer stimmt diesem Gesetzentwurf zu? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Piratenfraktion und die FDP. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der CDU ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/6688** mit großer Mehrheit **angenommen** und **in zweiter Lesung verabschiedet**.

Ich rufe auf:

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7147

erste Lesung

In Verbindung mit:

Keine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu Lasten junger Familien

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7170

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleich zu Beginn in aller Klarheit: Meine Damen und Herren, nicht nur auf der Ausgabenseite, sondern auch auf der Einnahmenseite scheuen wir keine mutigen Entscheidungen.

(Lachen von der CDU)

Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist uns nicht leicht gefallen. Sie ist eine der wenigen Einnahmequellen, die das Land alleine steuern kann. Sie ist aber ein notwendiger Schritt und gerade deshalb vertretbar, weil sie die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nur sehr maßlos belasten wird.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Sehr maßlos!)

Sie wird, davon bin ich überzeugt, kaum jemanden davon abhalten, ein Haus zu bauen oder eine Eigentumswohnung zu erwerben.

Meine Damen und Herren, Sie haben ja gerade entsprechend reagiert. Das waren nicht meine Worte. Diese Sätze stammen aus der Regierungserklärung von Volker Bouffier, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU und Ministerpräsident des Landes Hessen. Die CDU-geführte Regierung in Hessen hat in den letzten zwei Jahren die Grunderwerbsteuer zwei Mal erhöht. Einmal einvernehmlich mit der FDP von 3,5 auf 5 % im Jahre 2012 und dann im Jahre 2014 mit der regierungstragenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von 5 auf 6 %.

Selbstverständlich hat der Ministerpräsident von Hessen recht. Die maßvolle Anhebung der Grunderwerbsteuer um 1,5 Prozentpunkte hier in Nordrhein-Westfalen wird die über 25 Jahre angesetzte Finanzierung eines Eigenheims zum Preis von 300.000 € um 15 € pro Monat verteuern.

(Christian Möbius [CDU]: So kann man das doch nicht rechnen!)

Und daran, meine Damen und Herren, scheitert weder der Kauf eines Hauses noch ein Neubau. Auch die indirekten Auswirkungen auf Mieten und auf den sozialen Wohnungsbau sind allenfalls minimal.

(Zuruf von der CDU)

– Sie sollten das lernen, hören Sie zu, dann wissen Sie das auch und können den Menschen vernünftige Antworten geben. Sie bewegen sich im unteren einstelligen Centbereich pro Quadratmeter im Monat.

(Zuruf von der CDU: Armutszeugnis! – Kai Abruszat [FDP]: Erklären Sie das einmal den jungen Familien!)

Wer also allen Ernstes behauptet, die Auswirkungen der Anhebung seien nicht maßvoll und moderat, der hat den Bezug zur Realität in diesem Land verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sievecke?

Norbert Römer (SPD): Ich will im Zusammenhang vortragen.

Als wir vor drei Jahren – ich möchte Sie daran erinnern – hier die erste maßvolle Anhebung der Grunderwerbsteuer diskutiert haben, da überboten sich die Oppositionsparteien auf der rechten Seite dieses Hauses mit ihren Untergangsszenarien. Der Immobilienmarkt in Nordrhein-Westfalen würde zusammenbrechen und der Erwerb von Eigenheimen unmöglich gemacht.

Nichts von dem, was Sie damals als Schreckensgemälde an die Wand gemalt haben, hat sich als wahr erwiesen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nichts von dem. Im Gegenteil. Die Realität ist, mehr Menschen denn je konnten sich in den vergangenen drei Jahren den Erwerb eines Eigenheimes leisten.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Weil die Zinsen so niedrig sind!)

Die Realität hat Sie damals widerlegt. Sie wird Sie abermals widerlegen. Meine Damen und Herren von der CDU, Herr Laschet ist nicht da. Ich würde ihn gerne direkt ansprechen, damit er sich das von seinen Parteifreunden in Hessen, in Berlin oder im Saarland sagen lassen kann. Lassen Sie es sich von denen erklären. Die CDU hat in all diesen Ländern aus den gleichen Erwägungen und mit den gleichen Argumenten eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer durchgesetzt wie unsere Regierungsmehrheit in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, der Unterschied zwischen Ihnen und Ihren Parteifreunden in den genannten Ländern ist, dass Sie weder Regierungsverantwortung tragen noch den geringsten Ehrgeiz haben, Ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die traurige Wahrheit ist doch, an das, was Sie hier als Argumente vortragen, glauben Sie selbst nicht. Sie jagen ein rhetorisches Gespenst nach dem anderen durch den Saal, in der Hoffnung, irgendwer würde sich davon schon erschrecken lassen.

Das gilt im Übrigen nicht nur für die jetzt zur Debatte stehende Anhebung der Grunderwerbsteuer. Sie versuchen den Menschen in Nordrhein-Westfalen einzureden, unser Land sei ein wirtschaftliches Katastrophengebiet und das Hochschulzukunftsgesetz sei das Ende der Forschungsfreiheit.

(Zuruf von der CDU: Zum Thema!)

Sie reden ihnen ein, die finanziellen Herausforderungen des Landes seien von griechischem Ausmaß. Sie verwandeln jede Plenardebatte in eine politische Halloweenparty und sind dabei so maßlos, dass Sie niemand mehr ernst nehmen kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Ich will Ihnen sagen, maßlos sind auch die Gebührenerhöhungsorgien, die CDU und FDP den Menschen in unserem Land androhen. Sie wollen den Studierenden Studiengebühren aufzwingen und junge Familien mit Kitagebühren überziehen.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Was hat das jetzt mit Grunderwerbsteuer zu tun?)

Das ist Ihre Alternative.

Die Opposition auf der rechten Seite dieses Hauses diffamiert die gezielte Entlastung von unvernünftigen und unsozialen Gebühren als Wahlgeschenke und als Verschwendung, während sie Steuerkürzungen zum Symbol finanzpolitischer Vernunft stilisiert. Ihr Mantra ist, Belastungen durch Gebühren seien angemessen, aber Belastungen durch Steuern frevelhaft. Das ist doch Ausdruck einer ideologischen Schizophrenie, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Klar ist, Schwarz-Gelb ist ein Bündnis der Belastung. Die rot-grüne Koalition ist hingegen ein Bündnis der Entlastung für Familien, Kinder und Studierende, meine Damen und Herren.

(Zurufe von Christian Möbius [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will Ihnen das noch einmal sagen, damit Sie das endlich lernen können.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir haben die Studiengebühren und mit ihnen Belastungen in Höhe von 4.000 € abgeschafft, die für die Regelzeit eines Bachelorstudiums mit anschließendem Master anfallen würden; dann anfallen würden, wenn Schwarz-Gelb nicht abgewählt worden wäre.

Wir haben junge Eltern von den Gebühren des letzten Kitajahres befreit. Hohe Kitagebühren verhindern, dass junge Eltern ihre beruflichen Ziele errei-

chen oder – insbesondere bei alleinerziehenden Müttern – überhaupt erwerbstätig werden können.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, ich sage Ihnen das einmal.

Eine alleinerziehende junge Akademikerin mit einem Jahreseinkommen von 51.000 € müsste in Dortmund 1.750 € an Kitagebühren aufbringen. In Arnsberg wären es sogar 2.650 €. Eine junge Familie – der Vater Vermessungstechniker und die Mutter Krankenschwester – mit einem Haushaltseinkommen von 76.000 € hätte in Duisburg 2.844 € und in Bonn mehr als 3.000 € zu zahlen – dann, wenn Sie in der Verantwortung geblieben wären. Sie sind aber zum Glück für die Menschen auf den Oppositionsbänken gelandet. Da gehören Sie auch hin, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wissen doch, Ihre Politik ist bildungsfeindlich und familienfeindlich. Sie richtet sich gegen junge Erwachsene genauso wie gegen Kinder und ihre Eltern. Das ist genau der Grund, warum Sie in der Opposition sind und wir Regierungsverantwortung haben. Ich will Ihnen das noch einmal sagen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Wir werden den Haushalt so konsolidieren, dass wir das Verfassungsgebot eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2020 einhalten können, ohne auf die notwendigen Zukunftsinvestitionen verzichten zu müssen. Das unterscheidet uns elementar.

Wir bauen unsere vorbeugende Sozial- und Bildungspolitik aus. Wir vernetzen Wirtschaft und Wissenschaft. Wir helfen unseren Kommunen finanziell. Nur durch diese Investitionen wird Nordrhein-Westfalen langfristig stark genug für gesunde Landesfinanzen sein. Deshalb bringen wir den Gesetzentwurf zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer heute ein. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Römer. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Fraktionsvorsitzende Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Fraktionen von SPD und Grünen beantragen mit dem Gesetzentwurf die Erhöhung der Grunderwerbsteuer zum 1. Januar 2015 um 1,5 % Prozentpunkte auf 6,5 %. Das ist nicht schön, aber das muss sein.

Die Entscheidung über fast alle Steuern liegt bei der Bundesregierung und nicht beim Land. Das Land muss aber die notwendigen Mittel aufbringen, um

die Aufgaben erfüllen zu können, die zum Teil der Bund vorgibt. Die Grunderwerbsteuer ist die einzige Steuer, die erhebliche Beiträge bringt. Es gibt kleine Verbrauchssteuern wie die Sektsteuer, die Biersteuer oder anderes.

Aber nur die Grunderwerbsteuer bringt erhebliche Erträge und liegt in der Zuständigkeit der Länder. Wir erwarten für 2015 Mehreinnahmen von 400 Millionen €.

In der Verfassung der Bundesrepublik steht seit 2009 die Schuldenbremse. Die gilt auch für Nordrhein-Westfalen. Sie schreibt vor, dass für uns ab 2020 das Verbot der Aufnahme von neuen Schulden existiert.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Deswegen müssen wir die Möglichkeit zur Steigerung der Einnahmen nutzen. Das haben wir auch gesagt, und das machen wir an dieser Stelle.

Es gibt Kritik aus zwei Gründen: zwei Erhöhungen in vier Jahren und ausgerechnet von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen.

Das ist eine billige Kritik; Kollege Römer hat es eben schon angesprochen. Aber wenn man die Länder durchgeht, muss man einfach konstatieren, dass die Länder – egal, wer die Landesregierung stellt – die Grunderwerbsteuererhöhung nutzen müssen, weil sie alle den gleichen Haushaltsmechanismen unterliegen.

(Zuruf von der CDU: Bayern!)

– Ja, ich sage Ihnen etwas zu Bayern. Ich komme aber zur CDU und zur FDP, damit Sie sich nicht immer wieder den gleichen schlanken Fuß machen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In Berlin ist die Grunderwerbsteuer zum 1. April 2012 auf 5 % und von der Großen Koalition zum 1. Januar 2014 auf 6,0 % erhöht worden. Da waren die Kollegen von der CDU beteiligt.

In Hessen ist sie am 1. Januar 2013 von Schwarz-Gelb auf 5,0 % und am 1. August 2014 von Schwarz-Grün auf 6,0 % erhöht worden. Dann kam die bemerkenswerte Volte der FDP, die bei der nächsten Erhöhung den Antrag gestellt hat, den Steuersatz wieder abzusenken und ihre eigene Erhöhung zurückzunehmen, man habe sich geirrt. So viel zur Seriosität der FDP: je nachdem, wie es passt und wo man steht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Marc Herter [SPD]: Es kommt darauf an, ob man gerade in der Regierung oder in der Opposition ist! – Christian Lindner [FDP]: Man muss Kompromisse machen!)

– Ja, wunderbar. Wenn man in der Regierung ist, sagt Herr Lindner, muss man Kompromisse ma-

chen. Insofern wüssten wir auch, wie die FDP hier reagieren würde, wenn sie in der Regierung wäre.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das!)

Kommen wir zum Kollegen Kubicki, wenn wir schon bei der FDP sind. 1. Januar 2012 Schleswig-Holstein Schwarz-Gelb: Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte auf 5,0.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP] – Gegenruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Ich würde das gerne mitkriegen. Das ist immer spannend, wenn Herr Lindner Zwischenrufe macht.

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

– Ach so. WE: Anmeldung einer Kundgebung, 40 Personen werden erwartet, keine Störungen, Demonstration der FDP gegen die Grunderwerbsteuer hier vor der Tür. Das Foto ist aber im Kasten. Insofern wird die Medienarbeit klappen. Das ist Ihr professioneller Job; das sei Ihnen zugestanden.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD)

Also: Schleswig-Holstein, Kollege Kubicki, Erhöhung auf 5,0 % am 1. Januar 2012 und am 1. Januar 2014 6,5 % Rot-Grün.

Sie sehen, auf 6,0 % oder 6,5 % hat eine ganze Reihe von Ländern die Grunderwerbsteuer erhöht. Und auch wir müssen diese Möglichkeit nutzen. Anders kriegen wir keine fallende Linie in der Neuverschuldung hin, um die vielen Aufgaben, die notwendig und nicht Luxus sind, zu erledigen. Wenn der Bund, was wir anerkennen, im Bereich Hochschulen zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt und wir die Mittel wegen der großen Jahrgänge in den Hochschulen brauchen, müssen wir sie mit 50 % kofinanzieren. Das müssen wir organisieren. Es gibt viele Aufgaben in der Art.

(Zurufe von der CDU)

Insofern ist eine zweite Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte in vier Jahren, wie gesagt, nicht schön, aber notwendig.

Ein kleiner Blick über die Nachbargrenzen, weil mich das im Rahmen dieser Debatte interessiert hat. Ich lebe in Aachen. Die Belgier haben eine Grunderwerbsteuer von 10,0 bis 12,5 % – je nachdem, ob man Flandern oder Wallonien betrachtet. Die Niederlande haben 6 % und Luxemburg 7 %, das ganz unten im Süden fast ein Nachbarland für uns ist, und in Luxemburg-Stadt 10 %. Das heißt, unsere Marke ist nicht so exorbitant hoch, dass sie außergewöhnlich wäre.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe in den letzten 30 Jahren selber mehrfach Eigentum für die Familie erworben. Es ärgert einen manchmal – das will ich nicht bestreiten –, das bezahlen zu müssen, so wie einen Maklergebühren

und Notarkosten ärgern. Objektiv müssen Sie es aber einkalkulieren. Die Zinssituation ist sehr günstig, sodass einen die Erhöhung der Grunderwerbsteuer nicht am Erwerb hindert. Deshalb bitte ich um Verständnis, dass wir wie die anderen Länder die Möglichkeit nutzen müssen.

Vielleicht eine letzte Anmerkung: Sachsen hat nicht erhöht, sondern hat seine 3,5 % immer gehalten. Aber wenn Sachsen kein Geld mehr von uns und unseren Kommunen aus Nordrhein-Westfalen kriegt, werden sie dieses Instrument auch nutzen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es gibt zwei Dinge, die wir in der Debatte unterscheiden müssen.

(Herr Priggen geht noch einmal ans Rednerpult, weil er seine Notizen vergessen hat.)

– Sie wollen noch Ihre Notizen haben. – Man muss zwei Dinge unterscheiden: zum einen die Erhöhung der Grunderwerbsteuer in der Sache und zum anderen das Verfahren, das Sie gewählt haben, wie Sie die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes in die politischen Beratungen einbringen.

Ich will noch einmal zurückblenden, weil man durchaus Parallelen erkennen kann. Am 20. Januar 2011 hat die damalige haushaltspolitische Sprecherin meiner Fraktion die Landesregierung gefragt, ob sie die Grunderwerbsteuer erhöhen wolle. Damals hat der Finanzminister dieses Landes gesagt – ich zitiere –: Ich kann Ihnen deutlich sagen, gegenwärtig gibt es keine Pläne, den Grunderwerbsteuersatz zu erhöhen.

Am 19. Mai 2011 haben SPD, Grüne und Linkspartei den Gesetzentwurf zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer eingebracht. Das Wort des Finanzministers hatte damals eine Halbwertszeit von vier Monaten.

Das hat sich jetzt wiederholt. Als wir im Dezember des vergangenen Jahres über den Haushalt dieses Landes gesprochen haben, haben wir Sie, Herr Finanzminister, gefragt, wie Sie die die globale Mehreinnahme von 300 Millionen € erwirtschaften wollen. Das ist auch ein Beitrag zur Haushaltsklarheit, dass man weiß, woher Sie Ihre Einnahmen beziehen.

Ich habe Sie gefragt: Wird das möglicherweise wieder eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer sein? Da haben Sie mit den Schultern gezuckt, und Kollege Martin Börschel hat sich hier ans Pult gestellt und gesagt: Sie, Herr Lindner, immer mit der Grunderwerbsteuer. Das ist ja Haarspalterei.

Dann haben wir im Februar einen Antrag meiner Fraktion beraten: keine Erhöhung der Grunderwerbsteuer in Nordrhein-Westfalen.

Dazu hat der Finanzminister gesagt: „Die Landesregierung hat keine Pläne. Das ist eine Entscheidung des Landtags.“ Kollege Hübner von der SPD-Fraktion hat gesagt: „Es steht aktuell nicht auf der Tagesordnung, und das wissen Sie auch.“ Das war vor der Kommunalwahl. Da stand das nicht auf der Tagesordnung. Da war das Haarspalterei.

Jetzt kam in der letzten Woche der Überraschungscoup: Es gibt doch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer nach der Kommunalwahl und eine Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses, um das auch möglichst schnell mit möglichst wenig öffentlicher Aufmerksamkeit durch den Landtag zu peitschen. Das ist die Art und Weise, wie Sie in der Sache Finanzpolitik machen: tarnen, tricksen, täuschen! Das ist Ihre Art, mit den Bürgerinnen und Bürgern umzugehen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

In der Sache können wir gerne darüber streiten. Dazu sage ich jetzt gleich etwas. So, wie Sie es jetzt zum zweiten Mal machen – die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auszuschließen und es doch zu machen –, zeigt, dass Sie keinen Respekt vor Ihrem Souverän, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern, haben. Denen müssten Sie reinen Wein einschenken, was Sie wollen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zur Sache: Norbert Römer stellt sich hier hin und sagt, die SPD sei die Partei der Entlastung der Familien. Es ist die gleiche Sozialdemokratie, die in Regierungsverantwortung im Bund in diesem Jahr verhindert hat, dass das Kindergeld erhöht wird und der Rentenversicherungsbeitrag sinkt. Das ist nicht eine Partei, die Familien entlastet. Es ist eine Partei der Umverteilung und Belastung! Das ist die SPD, die wir kennen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Römer, wie abgehoben haben Sie hier über Familien gesprochen, die vielleicht zum ersten Mal Eigentum erwerben wollen. Sie haben gesagt: Na ja, wenn sich jemand für 300.000 € eine Wohnung oder ein Haus kauft, dann beträgt die Grunderwerbsteuer über die Dauer der Finanzierung 15 € im Monat. Die eigentliche Zahl ist: Bei 300.000 € macht Ihre Erhöhung 4.500 € für die Familie aus. Das sind locker zwei oder drei komplette Monatsgehälter, die eine Familie an den Finanzminister überweisen soll. Das ist eben keine Petitesse!

(Beifall von der FDP, der CDU und Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Jetzt wollen Sie zeitgleich den Erwerb sozialen Wohnungsbaus von der Grunderwerbsteuer ausnehmen. Es gibt Planungen für eine Bundesratsini-

tiative, das zu machen. Wird dann der Satz für die privaten Eigentümer – nicht für den sozialen Wohnungsbau – von 6,5 % auf 8 % oder 10 % erhöht, wie es auch diskutiert wird? Denn es sind ja nur 15 € im Monat. Nach dieser Logik könnten es auch 22 oder 25 € im Monat sein. Herr Römer, merken Sie, welche Politik Sie da betreiben?

Sonntags sagt Hannelore Kraft in jeder Rede: Die Schere zwischen den Vermögen in Deutschland geht auseinander. – Heute, an diesem Mittwoch, machen Sie sich daran, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen und damit den Leuten Knüppel zwischen die Beine zu werfen, die sich nach Jahrzehnten harter Arbeit und Sparsamkeit einen bescheidenen Wohlstand aufbauen wollen. Einerseits Verteilungsprobleme beklagen und andererseits diese hervorgerufen, das nenne ich soziale Heuchelei!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich erlaube mir, zwei weitere Argumente vorzutragen. Ich komme zum ersten.

Viele sind nur Mieter und sagen: Na ja, dann geht mich das gar nichts an. – Verehrte Damen und Herren auf der Tribüne, Sie geht es ebenfalls etwas an, auch wenn Sie nur Mieter sind; denn dadurch, dass die Möglichkeit, eine Eigentumswohnung zu erwerben, erschwert wird, wird natürlich der Druck auf die Mietwohnungsmärkte höher werden. Da bleibt die Knappheit erhalten. Die Baunebenkosten, die Nebenkosten für den Erwerb, werden mittelfristig immer an die Mieter weitergegeben. Das braucht eine gewisse Zeit.

Sie tun hier so, als würden Sie nur diejenigen belasten, die sich eine Eigentumswohnung oder ein Haus kaufen wollen. In Wahrheit sind Sie die Preistreiber auch am Wohnungsmarkt. Wir brauchen deshalb keine Mietpreisbremse, sondern eine Bremse für die Preistreiber, nämlich für Sie!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mein zweites Argument gehört zur Vollständigkeit dazu, weil es auch etwas darüber enthüllt, wie Sie Haushalts- und Finanzpolitik machen. SPD und Grüne gerieren sich als die kommunalfreundliche Koalition hier im Land. Bei der zweiten Stufe des Stärkungspaktes war geplant, dass die Kommunen bei der Abundanzumlage um 80 Millionen € entlastet werden.

(Marc Herter [SPD]: Ja!)

– Da sagt Herr Herter: Ja, die werden entlastet. – Wie erklären Sie dann, dass jetzt geplant ist, die Mehreinnahmen für die Kommunen aus der Grunderwerbsteuer genau damit – nämlich mit der zweiten Stufe des Stärkungspaktes – zu verrechnen? Erst sagt Herr Jäger den Kommunen zu, ihnen entgegenzukommen, und jetzt kommt das Revanche-foul an die Kommunalen, weil sie nämlich nicht ihren Anteil an der Grunderwerbsteuer in voller Höhe erhalten.

Das zeigt: Sie sind weder kommunalfreundlich noch machen Sie eine Politik, die dazu führt, dass die Menschen in diesem Land Chancen haben. Das Einzige, was wir von Ihnen erleben, ist haushaltspolitische Untätigkeit. Und die laden Sie jetzt auch noch bei den Familien in diesem Lande ab. Das ist schäbig!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Möbius.

Christian Möbius (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir noch einmal die Beiträge der Herren Kollegen Priggen und Römer in Erinnerung rufe, muss ich fast schon feststellen, dass es entschuldigende Beiträge zu einem Gesetzentwurf waren, den die beiden Fraktionen hier im Landtag eingebracht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Gesetzentwurf – ich beschränke mich auf den finanzpolitischen Teil; gleich wird noch etwas zum sozialpolitischen Teil zu sagen sein – zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer zeigt in mehrfacher Hinsicht das Scheitern dieser Landesregierung in der Haushalts- und Finanzpolitik. Wer in Zeiten höchster Steuereinnahmen und niedrigster Zinsen die Steuern weiter erhöht, hat jede finanzpolitische Glaubwürdigkeit verloren.

(Beifall von der CDU)

Wer den Bürgern in Zeiten bester Einnahmen erneut mit Steuererhöhungen noch weiter in die Tasche greift, macht deutlich, wie hilf- und planlos er in der Finanzpolitik ist. Eine solide und stabilitätsorientierte, verlässliche Finanzpolitik sieht anders aus. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben bis heute nicht begriffen, dass Haushaltskonsolidierung vor allem auf der Ausgabenseite stattfinden muss. Doch dazu fehlt Rot-Grün schlicht und ergreifend der Mut.

Auch die Verabschiedung dieses Gesetzes wird nicht reichen, um die Schuldenbremse im Jahre 2020 zu erreichen. Es bedarf vielmehr einer nachhaltigen Konsolidierung des Haushaltes. Hektische Aktionen wie eine sofortige Haushaltssperre und plötzlich eingebrachte Steuererhöhungsgesetze fördern nicht das Vertrauen in solide Haushaltspolitik. Umsichtiges und planvolles Handeln sieht anders aus.

Da passt es ins Bild – Kollege Lindner hat es eben erwähnt –, dass SPD und Grüne noch vor den Kommunalwahlen im Mai vehement bestritten haben, dass es zu einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer kommen wird. Noch im August 2014 teilte der Finanzminister in den Drucksachen 16/6530 und 16/6648 mit, dass er für das Haushaltsjahr

2015 von einem Steuersatz von 5 Prozentpunkten bei der Grunderwerbsteuer ausgeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn zwei Monate später dann doch an der Steuerschraube gedreht wird, zeigt sich hier ein glatter Wortbruch von Rot-Grün. Und das trägt im Übrigen auch zur Politikverdrossenheit in diesem Lande bei.

(Beifall von der CDU)

Im Übrigen ist es alles andere als ein Vertrauensbeweis für den Finanzminister, wenn die regierungstragenden Fraktionen mitten in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 einen solchen Gesetzentwurf einbringen. Das heißt doch nichts anderes, als dass die Fraktionen von SPD und Grünen dem vom Finanzminister vorgelegten Zahlenwerk schlicht und ergreifend nicht trauen, vielleicht auch zu Recht. Vielleicht ist bei SPD und Grünen die Einsicht gereift, dass die Steuereinnahmen mal wieder zu hoch und die Ausgaben zu niedrig angesetzt sind.

Dennoch ist der Schritt, die Bürger durch Steuererhöhungen zu schröpfen, in mehrfacher Hinsicht falsch. Steuererhöhungen sind Gift für private Investitionen und unternehmerisches Handeln. Das wirft NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern weiter zurück. Es ist einfach ein Standortnachteil, wenn Nordrhein-Westfalen die höchste Grunderwerbsteuer aller Bundesländer hat. Wie wollen Sie denn den Wettbewerb mit allen anderen Bundesländern bestehen? Mit den höchsten Steuern, wie Sie es planen? Mit einem bürokratischen Tariftreue- und Vergabegesetz, mit dem Klimaschutzgesetz oder dem investitionsfeindlichen Landesentwicklungsplan? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2011 hat Rot-Grün die Steuersätze bei der Grunderwerbsteuer fast verdoppelt. Das ist ein Anschlag auf stabile Rahmenbedingungen in unserem Bundesland. Sie betreiben eine wachstumsschädliche Politik und dürfen sich nicht wundern, wenn unser Bundesland im Vergleich zu anderen Bundesländern immer weiter zurückfällt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann braucht man sich auch nicht öffentlichkeitswirksam zu beklagen, wenn Nordrhein-Westfalen seine Position als Bittsteller im Länderfinanzausgleich verfestigt. Die Probleme, die wir haben, sind hausgemacht, und die Verantwortlichkeit liegt in Nordrhein-Westfalen, und zwar bei dieser Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon ein Treppenwitz, wenn in Berlin über Steuerentlastungen durch die Abschaffung der kalten Progression diskutiert wird, Rot-Grün in Düsseldorf aber den Menschen das Geld aus der Tasche zieht. Auch internationale Organisationen wie zum Beispiel die EZB oder die OECD fordern von Deutschland eine

Entlastung der Arbeitnehmer zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur. Nun macht Rot-Grün in Düsseldorf genau das Gegenteil. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist reine Voodoo-Ökonomie von Rot-Grün.

Wir fordern Sie auf, endlich mit einer soliden Konsolidierung des Haushaltes zu beginnen. Hören Sie auf, die Bürger zu schröpfen, und stoppen Sie Ihre finanzpolitische Geisterfahrt! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Möbius. –Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und zu Hause! Wir reden hier über eine 30%ige Steuererhöhung im Bereich der Grunderwerbsteuer, getragen von Rot-Grün.

Jetzt könnte man, Herr Kollege Lindner oder Herr Kollege Möbius, natürlich fragen: Ja, was passiert hier eigentlich? Springen jetzt die regierungstragenden Fraktionen ihrem Finanzminister ins Kreuz oder helfen sie ihm, oder was passiert hier eigentlich vor dem Hintergrund des Umstandes, dass der Finanzminister dieses Landes im Verlaufe des ganzen Jahres immer wieder betont hat, dass die Bemühungen des Landes zur Konsolidierung des Haushalts auch unabhängig von der Frage der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs in Münster auf einem guten Weg seien und man auch auf einem guten Weg zur Konsolidierung des Haushalts auch ohne solche Steuererhöhungspläne sei?

Jetzt können Sie natürlich, liebe Fraktionen von SPD und Grünen, schlecht Ihren Minister einen Gesetzentwurf nach vorne tragen lassen, der immer gesagt hat: Nein, solche Pläne gibt es nicht. – Vielleicht hat er ja von den Plänen nichts gewusst, die Sie möglicherweise die ganze Zeit schon in der Schublade hatten.

Fakt ist jedenfalls, dass diese Pläne jetzt hier schwarz auf weiß vorliegen und zu nichts anderem führen als zu der äußerlichen Annahme, dass die Landesregierung und auch die sie tragenden Fraktionen im Hinblick auf die Haushalts- und Finanzpolitik des Landes von permanenter Panik getrieben sind – Panik, die, was die Konsolidierung des Haushaltes angeht, offenbar der Erkenntnis folgt, dass die Haushaltssperre, aus deren Folgen im Moment nicht mehr herausgekommen ist als Wassertrinken in der Staatskanzlei und eine Erhöhung der globalen Minderausgabe um 100 Millionen €, nicht ausreicht, um die Defizite und die Fehlkalkulationen in der Haushaltspolitik auszugleichen.

(Reiner Priggen [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

– Selbstverständlich! Schütteln Sie ruhig mit dem Kopf, Herr Priggen. – Fakt ist jedenfalls, dass der Kollege Römer in der Presseerklärung zur Begründung dieser Grunderwerbsteuerinitiative gesagt hat, dass damit der Haushalt konsolidiert werden soll. Das haben Sie so gesagt.

Mit einer Mehreinnahme von schätzungsweise 400 Millionen € – es können ein paar Euro mehr sein, es können ein paar weniger sein; das hängt davon ab, wie viele Grundstücke, Gebäude, Wohnungen gekauft werden – soll also das Defizit dieses Landes, welches überwiegend struktureller Natur ist, ausgeglichen werden. Etwas, was auch konjunkturell abhängig ist, soll etwas strukturell Defizitäreres ausgleichen – und das nicht nur in diesem Jahr,

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

nicht nur im nächsten Jahr, sondern natürlich à la longue, also über die nächsten x Jahre. Jedes Jahr sollen 400 Millionen Mehreinnahmen in den Landeshaushalt fließen. Wenn wir das einmal nachrechnen, zeigt sich, dass damit die Mehrausgaben im Bereich der Beamtenbesoldung annähernd ausgeglichen sein können. Mehr ist es nämlich nicht.

Das heißt, diese strukturellen Mehrausgaben – strukturell natürlich dann bei der Grunderwerbsteuer – werden durch die Mehreinnahmen kompensiert, aber eine Konsolidierung des Haushalts und somit ein Abbau des strukturellen Defizits insgesamt wie auch der Nettoneuverschuldung finden dadurch auf keinen Fall statt.

Ich frage mich, wem Sie das vor dem Hintergrund der Behauptung, dass diese Grunderwerbsteuererhöhung eine Konsolidierung des Landeshaushalts bedeuten wird, vorrechnen wollen. Ich bin gespannt, wie das in den Beratungen begründet werden wird. Diese Beratungen beginnen hier und heute. Bereits morgen findet eine Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses statt, in der ganz schnell die Anhörung durchgezogen werden soll, damit das Gesetz ...

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] und Marc Herter [SPD]: Nein, beschlossen!)

– Ja, okay, ... beschlossen werden soll, damit sie alsbald durchgezogen werden kann.

(Marc Herter [SPD]: Details, Details!)

Somit kann das Gesetz noch in diesem Jahr durchgepeitscht werden, damit es in der Vorweihnachtszeit möglichst unter dem Radar der Bevölkerung durchfliegt. Denn die Bürger müssen zusehen, dass sie die Geschenke noch einigermaßen zusammenbekommen. Denn nächstes Jahr können sie sich diese aufgrund der Rechenbeispiele, die hier genannt werden, möglicherweise nicht mehr leisten. So sieht es nämlich unter dem Strich aus.

Jetzt kommt noch Folgendes hinzu: Ich verstehe es, wenn die regierungstragenden Fraktionen keine anderen Ideen haben, als in genau diesem Bereich die Steuern zu erhöhen. Dann frage ich mich aber, liebe SPD und liebe Grünen: Wo bleibt eigentlich die letztes Jahr von Ihnen so großartig und vollmundig angekündigt Initiative, die Steuerschlupflöcher zu schließen?

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wir?)

– Ja, Sie. Den Antrag haben wir vorliegen. Das wurde hier im Parlament beschlossen. Wo bleiben denn die Bemühungen um das Schließen der Lizenzboxenmöglichkeit? – Bleiben wir einmal themenbezogen:

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wo bleiben denn Ihre Bestrebungen, im Bund oder auf Landesebene Ausnahmen zu schaffen, von mir aus auch sozialgerecht? Wo bleiben bitte schön Ihre Bemühungen auf Bundesebene, nach dem Grunderwerbsteuergesetz entsprechende Schlupflöcher zu schließen, die die Möglichkeiten von RETT-Blocker-Systemen, grunderwerbsteuerneutralen Share Deals etc. verbauen? – Nichts dergleichen ist zu hören. Nirgendwo im Land hört man von der SPD oder von den Grünen irgendwelche Bestrebungen dieser Art.

Solange das so ist, können wir nur sagen: Ob die Grunderwerbsteuer vonseiten der Landesregierung zur Rettung des Abendlandes und des Landes Nordrhein-Westfalen nun um 1 %, 1,5 % oder 2 % angehoben werden soll, mag am heutigen Tag dahingestellt sein. Fakt ist jedenfalls: Eine Einnahmenverbesserung in maßgeblicher Art und Weise findet hierdurch nicht statt. Was hier jedoch sehr wohl stattfindet, ist die Erkenntnis der Bürger, dass diese Landesregierung zu nichts anderem in der Lage ist, als gerade diejenigen, die es sich tatsächlich nur schwerlich leisten können, zusätzlich zu belasten, ohne die Großinvestoren tatsächlich zu belasten. Fangen Sie doch erst einmal an, die großen Investoren auf dem Immobiliensektor so zu besteuern, dass es zu einer Besteuerung in dieser Art und Weise nicht mehr kommen muss.

Fangen Sie an, beim Grunderwerbsteuergesetz auf der Bundesebene initiativ zu werden. Wenn wir dort sind, können wir vielleicht auch über eine allgemeine Grunderwerbsteuererhöhung in Nordrhein-Westfalen reden. Denn dann können so viele Ausnahmen zulasten der Investoren, der sogenannten Immobilienhaie etc., geschaffen werden, dass die Diskussion, die in den nächsten Wochen hier stattfinden wird, in dieser Weise nicht stattfinden müsste. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schulz. – Für die Landesregie-

rung spricht nun Herr Minister Dr. Norbert Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute hat man den Eindruck, dass alles mit allem zusammenhängt.

(Zurufe: Ja!)

Wir hätten alle Punkte in einem zusammenfassen können. Deswegen mache ich auch dort weiter, wo ich vorhin aufgehört habe.

(Zurufe)

Ich möchte Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen ...

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Ich fände es ganz gut, wenn Sie nicht so weitermachen würden, wenn Sie nicht immer dazwischenrufen würden. Vielleicht kann ich dann einmal im Zusammenhang vortragen.

Ich habe heute schon einmal davon gesprochen, dass Nordrhein-Westfalen mit deutlichem Abstand zum Durchschnitt der westlichen Flächenländer die niedrigsten Ausgaben und den sparsamsten Haushalt hat. 5,6 Milliarden € könnte dieses Land Jahr für Jahr mehr ausgeben, wenn es auf denselben Ausgabendurchschnitt der übrigen westdeutschen Flächenländer kommen wollte.

Das ist nicht einfach nur eine dahingesagte Zahl. Diese Zahl erzeugt eine Vorstellung davon, welche Investitionsmöglichkeiten die anderen Länder in all den Bereichen haben, in denen Sie, sofern Sie einmal konkret werden, einen konkreten Mangel beschreiben. Einsparmöglichkeiten kommen doch von Ihnen immer nur pauschal. Was aber konkret in der Zeitung steht, ist Ihrer Meinung nach ein Mangel. Das ist das, wo Sie mehr verlangen. Sie verlangen mehr für die Beamten, Sie verlangen mehr Personal in den Finanzämtern, Sie wollen mehr Geld für Inklusion, Sie wollen die Polizei stärken, Sie wollen mehr für die Kommunen. In all diesen Bereichen wollen Sie mehr, und das wäre alles gut erklärbar, wenn beispielsweise Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt der Ausgabenstrukturen der westdeutschen Länder läge. Ich rede nicht von den ostdeutschen Ländern, aber ich ergänze es gerne: 15 Milliarden € stünden uns mehr zur Verfügung, wenn wir im durchschnittlichen Ausgabenbereich der ostdeutschen Länder lägen.

Das heißt, man merkt diesen Unterschied. Machen wir uns nichts vor: Das sind doch Punkte, anhand derer allen deutlich werden muss, und zwar auch den Menschen, mit denen Sie sich oft zusammensetzen und die wir genauso gerne und häufig treffen, nämlich die als Unternehmerinnen und Unternehmer tätigen, die uns immer wieder darauf hinweisen, dass ein Landeshaushalt nicht nur aus der

Senkung von Ausgaben besteht, sondern auch aus der Erledigung von Aufgaben und aus dem Ausgeben an Stellen, die der Zukunft der Wirtschaft in diesem Land und damit der Menschen insgesamt auch Rechnung tragen.

5,6 Milliarden € sind alles andere als etwas, was nach einer hausgemachten Ausgabenproblematik aussieht. Das ist zwar Ihre Gebetsmühle, aber jeder, der sich diese Zahlen ernsthaft anguckt, weiß, dass das eine vorgeschobene Argumentation ist. Denn es ist die einzige, mit der Sie glauben, noch irgendwo punkten zu können.

Deswegen muss man einmal ganz klar deutlich machen: Man kann auch in einem Haushalt, der die niedrigsten Ausgaben pro Kopf hat, immer noch untersuchen, was man günstiger machen kann. Man kann immer noch untersuchen, worauf man verzichten kann. Man kann das nicht nur, sondern man muss das auch tun. Und das machen wir auch. Aber das ist eine relativ dünne Schicht, die Sie im Vergleich zu anderen Ländern an der Stelle identifizieren können.

Deswegen muss man ganz klar sagen: Ein so aufgestellter Haushalt hat für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben ein Einnahmeproblem. Da können Sie sagen, was Sie wollen, aber das ist ein Einnahmeproblem in diesem Landeshaushalt. Das hätte ich gerne als Erstes noch anders gelöst. Ich hätte es gerne gelöst,

(Ralf Witzel [FDP]: Lohnsteuereinnahmen!)

indem die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern ein Stück fairer wiedergeben würden, wie die Situation in Nordrhein-Westfalen und in anderen Ländern ist. Ich hätte mir gewünscht, dass die Strukturwandelfolgen, die das Land in Zeiten ohne „Soli“ mit einer Belastung durch Zinsen und Kredite getragen hat, anders abgewickelt und übernommen werden könnten, als dies im Moment der Fall ist.

Eine kleine Beispielrechnung: Wenn die Umsatzsteuer genauso betrachtet würde wie alle anderen Steuereinnahmen – und zwar pro Kopf in der Bundesrepublik gleich, gar nicht nach unterschiedlicher Kaufkraft gewichtet, die uns gegenüber dem Osten zugutekäme – und in den Topf der gesamten Steuereinnahmen gesteckt würde, dann hätte Nordrhein-Westfalen von heute auf morgen einen Status als Geberland und müsste jedes Jahr 400 Millionen € abgeben, statt 700 Millionen € zu bekommen. Es bekäme keine Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 350 Millionen €; die wir jetzt bekommen,

(Zuruf von der CDU: Hätte, hätte, Fahrradkette!)

und es hätte trotzdem einen Haushalt, der um 860 Millionen € besser dastünde als heute. Das wäre dann ein Schritt, nach dem man darüber nachdenken könnte, jetzt die Aufgaben des Landes zu

erfüllen und gleichzeitig dem Verfassungsgebot der Schuldenbremse nachzukommen.

Ich würde mir wünschen, dass es so geht. Aber wir alle wissen, das ist ein langer Prozess, und auch andere Punkte wie Regionalisierungsmittel und Eingliederungshilfe, die teilweise oder zum großen Teil an die Kommunen weitergeleitet werden, brauchen eine Zeit.

Trotzdem habe ich vor dem Hintergrund dieses Wissens, dass es längerfristiger und wohl auch streitiger Diskussionen bedarf, um etwas zu ändern, Haushaltspläne – ich kann nur bestätigen, was zum 2015er-Haushalt gesagt worden ist – ohne eine Grunderwerbsteuererhöhung aufgestellt. In diesem sind Grunderwerbsteuereinnahmen in Höhe von 5 % enthalten. Es ist auch so in der mittelfristigen Finanzplanung.

Und die 300 Millionen €, lieber Herr Lindner, sind nicht jetzt eingestellt worden, sodass Sie hätten vermuten können: Aha, das ist die Grunderwerbsteuer. – Das haben Sie auch schon im Vorjahr gefragt. Wir haben schon seit Jahren 300 Millionen € globale Mehreinnahme eingestellt, und diese globale Mehreinnahme ist auch immer erzielt worden. Ich sage Ihnen: Auch die globale Mehreinnahme, die jetzt im Haushalt steht, ist keine globale Mehreinnahme, die zur Voraussetzung hat, dass die Grunderwerbsteuer erhöht wird. Deswegen ist dieser Zusammenhang, den man gerne herstellt, falsch.

Zweiter Punkt. Sie sagen, die 15 € pro Monat, die Norbert Römer vorgerechnet hat, seien nicht zulässig. Es seien 4.500 €. Diese 4.500 € gehören genauso wie die 300.000 € für das Häuschen oder für die Wohnung in das, was finanziert und über Jahrzehnte abbezahlt wird. Und wer das anders darstellen will und sagt, das seien zwei Monatsgehälter, der muss dann auch sagen, dass es 150 oder 140 Monatsgehälter sind, die die Wohnung kostet, und dann müssten Sie sagen, das sei gar nicht finanzierbar. Natürlich ist das Gegenstand der Gesamtfinanzierung einer Immobilie.

Ich darf auch daran erinnern: Eine Immobilie ist beispielsweise umsatzsteuerfrei. Es gibt viele Dinge für junge Familien, die wichtig sind, die zu den Grundbedürfnissen gehören. Bei diesen sind 7 % Mehrwertsteuer als ermäßigter Satz normal, und das ist sogar das, was bei Ihnen die Zielvorstellung für Hotels war. Immer wieder darüber zu reden, das sei prohibitiv, dann könne sich die junge Familie diese Investition nicht mehr leisten, ist doch an den Haaren herbeigezogen.

Wenn man dann noch kommt und sagt, das sei nicht kommunalfreundlich, dann muss man sich vielleicht vergegenwärtigen, wie diese vier Siebtel entstanden sind. Damals ist die Grunderwerbsteuer, die einst 7 % betrug, auf 2 % gesenkt worden und später ist sie länderweit auf 3,5 % erhöht worden, also von 2 auf 3,5 %. Und damit die 2 %, die in der

Verbundmasse für die Kommunen waren, beibehalten werden konnten, hat man gesagt: 2 von diesen 3,5 % bleiben in der Verbundmasse. 2 von 3,5 sind – wer bruchrechnen kann, wird es nachvollziehen können – vier Siebtel.

Dann kam Schwarz-Gelb. Dann hat Schwarz-Gelb gesagt: Was haben wir damit zu tun, dass die 2 % ursprünglich in die Verbundmasse für den kommunalen Anteil geflossen sind? Damit machen wir jetzt das, was wir anschließend als Plakat draußen hinhängen können: Wir haben den Landeshaushalt konsolidiert. – Dann haben Sie ihnen neben den 130 Millionen € noch weitere 170 Millionen € abgenommen. Dann waren es 300 Millionen €, und dann haben Sie gesagt: Guckt mal, wie toll wir das machen mit dem Landeshaushalt. – Das war Ihre Kommunalfreundlichkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was haben wir gemacht? – Als wir von 3,5 % auf 5 % erhöht haben, haben wir nicht gesagt: Jetzt sind 2 von 5 % in der Verbundmasse, sondern: Es sind die vier Siebtel der gesamten 5 %. – Das war schon ein deutliches Mehr. Das Gleiche gilt jetzt wieder. Mit diesem Anteil wird auch ein Teil des Stärkungspaketes, ein Teil der kommunalen Solidarität finanziert. Das als kommunalfeindlich darzustellen, obwohl Sie hingegangen sind und auch noch die 2 % aus der Verbundmasse genommen haben, ist schäbig.

(Beifall von der SPD – Christian Möbius [CDU]: Wie Ihr Auftritt heute!)

Und dann kommt wieder die alte Leier. Herr Möbius, Sie sind heute nicht der Erste gewesen, der mit den sprudelnden Steuern und Rekordsteuereinnahmen kommt. Mittlerweile brauchen Sie nur noch Kabarettssendungen im Fernsehen einzuschalten. Das ist durch, dass in 58 von 60 Jahren die Steuereinnahmen auf Rekordhöhe waren.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Es können auch 52 gewesen sein. Jemand hat es einmal in einer solchen Kabarettssendung schön formuliert und gesagt: Ich erreiche jedes Jahr ein Rekordalter. – Was schließen wir daraus? Genauso machen Sie das mit den Rekordsteuereinnahmen, wenn eine Wirtschaft wächst.

Wenn Sie dann noch sagen: „Wie kann er es trotz der niedrigen Zinsen, die wir jetzt haben, nicht schaffen, den Haushalt zu konsolidieren?“, dann kann ich nur noch einmal wiederholen, was ich heute schon gesagt habe:

Es gibt Länder, die überhaupt keine Zinsen oder kaum Zinsen bezahlen. Warum? – Weil wir dazu beitragen, dass sie keine Schulden aufnehmen müssen. Sie stellen doch immer die acht Länder vor, die einen ausgeglichenen Haushalt haben. Dann gucken Sie sich doch mal sieben von denen genau an! Ihnen scheint offenbar die Frage, warum

jemand keine Schulden macht, überhaupt nicht mehr wichtig zu sein. Hauptsache, er macht keine. Das ist sträfliche Vernachlässigung dessen, was Länder an Aufgaben haben und wie sie fair und gerecht die Einnahmekraft, die sie haben, untereinander verteilen.

In diesem Zusammenhang ist der Vorstoß, an dieser Stelle den einzigen wirklichen Hebel, den das Land hat, zu nutzen, verträglich für diejenigen für die Investition, die da vorgenommen wird, und in der Gegenrechnung zu dem, was Norbert Römer gesagt hat, was an Entlastung von Familien bei Kindergärten, bei Studiengebühren genau auf die bezogen, die auch Kinder haben, geleistet wird, nicht nur ein zulässiger, sondern ein hilfreicher und auch ein sinnvoller Beitrag, Konsolidierung zu verbinden mit zusätzlichen Einnahmen, um damit die Aufgaben des Landes auch zu erfüllen.

Herzlichen Dank. Ich bitte darum, diesem Vorstoß zuzustimmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Droste.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme nicht ganz umhin, Herr Römer, mich noch einmal an Sie zu wenden, bezogen auf Ihr Eingangsstatement. Ich gebe zu, es entbehrt nicht einer gewissen Satire und Komik, dass Sie Ihren Redebeitrag damit einleiten, als Schutzpatron Herrn Bouffier aus Hessen anzurufen.

Mein freundlicher Rat an Sie ist: Sie sollten sich mal darum kümmern, was Ihr Fraktionskollege Schäfer-Gümbel dazu gesagt hat! Das gehört ja vielleicht auch zur Wahrheit und zur Geschichte. Ich darf Ihnen das mal vorhalten. Das müssen Sie jetzt aushalten:

Mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer verlässt die schwarz-grüne Regierung den ausgewogenen Pfad der Finanzpolitik. Eine derart hohe Grunderwerbsteuer trifft besonders die kleinen Bürger und Handwerker, die sich an der Schwelle dazu befinden, überhaupt Wohnungseigentum zu erwerben, oder die kleinen Betriebe, die investieren wollen.

So Ihr Fraktionsvorsitzender Schäfer-Gümbel. Ich weiß, dass Sie sich, wenn es Ihnen beliebt, auch von Ihren eigenen Genossen ein wenig entfernen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Das gilt für Sie!)

Das nur so weit zu Ihnen.

(Marc Herter [SPD]: Schäfer-Gümbel oder Bouffier? – Weitere Zurufe von der SPD)

Es gehört zu meinen ...

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Darf ich jetzt weitermachen? Sind Sie fertig? – Es gehört zu meinen Angewohnheiten, mir an jedem Morgen – irgendwie ist meine innere Uhr danach gestellt – um fünf vor sechs die Morgenandacht im WDR anzuhören, fünf Minuten vor den Nachrichten. Vorgestern war das ein Beitrag der Evangelischen Kirche, die Hannelore Kraft und ihre politische Arbeit vorgestellt hat.

(Marc Herter [SPD]: Letzten Montag war das, Herr Droste, und nicht vorgestern!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Droste möchte, dass es im Plenarsaal etwas ruhiger ist. Ich bitte Sie alle, dazu beizutragen. Er fühlt sich durch die Zwischenrufe gestört.

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Droste, Sie haben das Wort.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Hannelore Kraft betonte: Ich bin in die Politik gegangen, damit es in diesem Land sozial gerechter zugeht.

(Zuruf: Das ist ein guter Grund!)

Ich frage Sie: Was gibt es Gerechteres, als Menschen jede Hilfe zu gewähren, Eigenheime zu erwerben? Das bedeutet nicht nur Vermögensbildung, sondern es gibt den Menschen Selbstwertgefühl und auch Stolz: Das ist meins; ich habe etwas Bleibendes geschaffen.

Ich darf Ihnen sagen – auch das wird Sie wahrscheinlich wieder provozieren –: Ich erlebe jeden Tag in meiner beruflichen Praxis, wie Menschen stolz und dankbar sind, wenn es ihnen gelungen ist, eine Finanzierung aufzubauen, ihre Mittel zu überprüfen, um dann einen Kaufvertrag zu unterschreiben und zu sagen: Wir haben etwas geschaffen.

(Zurufe von der SPD)

Herr Walter-Borjans – er ist leider jetzt nicht mehr da; es ist wohl nicht von großem Interesse –, ich kann nur sagen: Es ist fast zynisch, wenn man diesen Leuten das vorrechnet. Ich bekomme das wirklich hautnah mit, wie kalkuliert wird. Zu sagen: „Die paar Euro obendrauf machen es im Ergebnis nicht – das können nur Leute sagen, die nie so rechnen mussten.“

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Logik Ihres Gesetzesvorhabens ist ganz einfach und billig. Die Logik ist: Sparen wollen wir nicht. Wir erhöhen die Steuern. – Sie gehen davon aus, dass Sie das Geld den Menschen wegnehmen, die ohnehin zu viel haben. Oder wie hat es Ihr ehemaliger Kanzlerkandidat Peer Steinbrück einmal ausge-

drückt im Rahmen seiner Kanzlerkandidatur? – Höhere Steuern gibt es nur für einige, nämlich für die Reichen.

Ihre Logik ist ganz einfach: Derjenige, der willens und in der Lage ist, ein Eigenheim zu bauen, muss nach Ihrer Logik reich sein. Genau das ist Ihr Denkfehler. Das ist Ihre sozialpolitische Fehlleistung.

(Beifall von der CDU)

Ich rufe Ihnen zu: Über 60 % aller privaten Wohnungs- und Hauskäufe liegen unter 300.000 €! Über 60 %!

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Mostofizadeh zulassen?

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Gerne, bitte.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Dr. Droste, es fällt mir schwer, das so hinzunehmen. Aber können Sie bitte belegen, was Sie eben gesagt haben? Welcher Redner von SPD und Grünen hat in diesem Plenum oder möglicherweise auch in einer Pressemitteilung behauptet, dass diejenigen, die sich ein Haus leisten können, reich sind und man ihnen deswegen das Geld abnehmen muss?

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Ich habe das aus der Logik Ihres Parteivorderen Peer Steinbrück abgeleitet, der gesagt hat:

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Meines?)

Steuern werden nicht erhöht. – Das hat er im Rahmen seiner Kanzlerkandidatur erklärt. Sie müssen nur zuhören. Wenn Sie nebenbei babbeln, kriegen Sie das nicht mit!

(Beifall von der CDU)

Das ist das Problem. Dafür gebe ich Ihnen aber gleich noch ein besonderes Auditorium.

Ich sage Ihnen nur: Mit dieser Steuer fügen Sie die wirklichen Schmerzen den Leuten zu, für die Sie eigentlich vorgeben, eine Schutzpatronin zu sein, Frau Kraft – nämlich den Leuten, die früher davon geträumt haben, ein Eigenheim zu haben, und es sich nicht leisten konnten, weil wir Baufinanzierungszinsen von 5 %, 7 % oder mehr hatten. Diese Leute sind heute in die Situation gekommen, sich überhaupt ein Eigenheim leisten zu können – sie sind, wenn man das so sagen darf, die kleinen Gewinner des Konjunktureenbruchs –, weil die Zinsen so weit unten liegen. Nur auf diesem historischen Tiefstand der Zinsen können sie sich das leisten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, es liegt eine weitere Zwischenfrage vor, und zwar von Frau Kollegin Beer.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Ich möchte jetzt zu Ende ausführen. Das kann sie auch zum Schluss erledigen.

Diese Leute kalkulieren genau. Ich erlebe das tagtäglich. Gerade wurde zynisch von den paar Euro obendrauf gesprochen. Hier wird mit Überstunden, die abgeleistet werden, mit Urlauben, die man ausfallen lässt, und Ähnlichem mehr kalkuliert. Das beschäftigt die Menschen, weil sie ihren großen Traum verwirklichen wollen.

(Beifall von der CDU)

Und Sie sagen hier zynisch: „die paar Euro obendrauf!“ Am besten empfehlen Sie ihnen noch, sie sollten mit dem Rauchen aufhören; dann hätten sie die 15 €.

(Zuruf von Jens Geyer [SPD])

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, ich kann nur Folgendes sagen: Den Leuten, die so rechnen müssen und die auch die Zinsen einkalkuliert haben, laden Sie jetzt diesen Mühlstein der Steuererhöhung auf – von den wirtschaftlichen und konjunkturellen Schwierigkeiten, die die Bauindustrie dadurch bekommt, ganz zu schweigen.

Ich sage in diesem Zusammenhang noch eines – das sage ich auch im Rückblick auf den letzten Kommunalwahlkampf hier in Düsseldorf –: Wie ich mich noch gut erinnern kann, war eine der ganz wichtigen Aussagen des Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten, der die Wahl im Ergebnis auch gewonnen hat – diese Aussage hat er auf der EXPO REAL in München vor wenigen Tagen auch noch einmal vorgetragen –: Wir werden in Düsseldorf bezahlbaren, günstigen Wohnraum für kleine Leute schaffen.

(Minister Guntram Schneider: Sehr richtig!)

Wenn das heute Ihr Beitrag dazu war: Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von der CDU)

Herr Römer, ich gebe unumwunden zu, dass ich fast Respekt für Ihr heutiges Auftreten empfunden habe. Zum ersten Mal habe ich gesehen, dass Sie sich hierhin gestellt haben und diesen Gesetzentwurf gar nicht erst vorgestellt haben, sondern sich direkt entschuldigt haben, bevor man Sie überhaupt angegriffen hat. Ich sage Ihnen nur: Lassen Sie das sein! Was Sie da machen, ist zutiefst unsozial. Es ist auch nicht gerecht.

Frau Ministerpräsidentin, deswegen möchte ich noch einmal die Worte Ihrer Morgenandacht – „das Land gerechter machen“ – aufnehmen. Glauben Sie

es mir: Es ist das höchste Glück von Menschen, ein Eigenheim zu haben.

(Lachen von den GRÜNEN)

– Sie mögen darüber lachen. Sie lachen aber über Ihr eigenes Klientel, das Sie vermeintlich haben. Sie haben es lange nicht mehr. Mich ärgert es einfach, wie zynisch diese Debatte geführt wird.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Glauben Sie es mir: Darüber wird in diesem Land geredet. Sie ahnen nicht, wie sich das auswirkt. Noch einmal: Sie meinen, ein Klientel zu treffen, das möglicherweise mehr im Bereich rechts von Ihnen angesiedelt ist. Ich sage Ihnen nur: Die wirklich Reichen jucken die paar Euro, um es im Sinne von Herrn Walter-Borjans zu formulieren, wirklich nicht. Die juckt das nicht. Aber die Menschen, die rechnen müssen – das sind Sie offenbar nicht –, juckt es aber. Die schmerzt es. Diese Menschen treffen Sie. Das werden Sie auch erleben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Droste, bitte bleiben Sie noch einen Moment hier. Es liegt eine Kurzintervention der Frau Abgeordneten Beer vor.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Beer, bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Kollege Droste, ich finde es schon erstaunlich, in welcher selektiver Art und Weise Sie Debatten wahrnehmen. Wenn Sie hier von Gerechtigkeitsfragen sprechen, hätten Sie eigentlich das einbeziehen müssen, was diese Landesregierung gerade für Familien mit Kindern leistet. Die Entlastungen bei Kitabeiträgen und die Entlastungen durch das Aufheben der Studiengebühren kommen Familien mit Kindern in diesem Land jeden Monat zugute. Bitte beziehen Sie das dann auch ein, anstatt hier den Wehrauch über Ungerechtigkeit und Gerechtigkeit zu verbreiten! Ich finde Ihren Beitrag hier vollkommen daneben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Dr. Droste, bitte schön.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Jetzt nenne ich Ihnen nur einmal ein Beispiel. Es wurde mir eben von einem Kollegen zugerufen. Das mag ja alles sein mit

dem Weihrauch, den Sie da verstreuen. Das sind ja große politische Vorgaben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie haben den Weihrauch verstreut!)

Ich sage Ihnen aber einmal, wozu es führt. Der Apotheker selbst zahlt zwar keine Studiengebühren. Seiner pharmazeutisch-technischen Assistentin haben Sie aber die Mittel für die entsprechenden Schulungen gestrichen. Sie zahlt jetzt dafür, obwohl sie nur einen Bruchteil dessen verdient, was der Apotheker verdient. Das, was Sie machen, ist nicht sozial gerecht; das ist bekloppt!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Droste. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Herter.

Marc Herter (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Priggen hat hier gerade den Gesetzentwurf mit den Worten eingebracht: Das ist nicht schön, aber es ist nötig. – Das ist wohl so. Es ist nötig, weil neben einer strengen Ausgabendisziplin, neben dem Konsolidierungspfad auf der Seite der Ausgaben auch Einnahmeerhöhungen notwendig sind.

Diese Weisheit wird übrigens nicht allein von uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und als Grünen vertreten, sondern – Herr Römer hat das deutlich gemacht – auch in anderen Länderparlamenten mit anderer Farbgebung der Regierung vonseiten der Regierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Ralf Witzel [FDP]: Aber nicht so brutal!)

Und mehr noch, Herr Witzel: Auch die hiesige Opposition vertritt diese Meinung. Alle Haushaltsanträge, die großen Alternativentwürfe von Herrn Optendrenk, enthielten nämlich neben Ausgabebeschränkungen – das waren übrigens pauschale Kürzungen über alle Förderhaushalte; ich will mich hier gar nicht darüber auslassen, wer wohl davon betroffen ist, wenn Sie im Bereich von OGS, Kita usw. kürzen, ob das nicht vielleicht die gleichen Familien sind, deren Hohes Lied Sie hier gerade singen –

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

auch Einnahmeerhöhungen! Sie erzählen uns, Studiengebühren und Kitagebühren für das letzte Kindergartenjahr müssten wieder eingeführt werden. Der staunende Zuhörer erfährt auch, wie viel Sie gedenken, dadurch einzunehmen, um Ihr Konsolidierungsprogramm zu finanzieren: 400 Millionen €.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Hört, hört! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Aha!)

Da sage ich, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Alternativen liegen klar auf dem Tisch. Hier Studiengebühren und Kitabeiträge, da eine maßvolle Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Die Alternativen, Herr Möbius, liegen klar auf dem Tisch.

In der Tat: Die Berechnung auf Monatsgehälter, die hier von Herrn Lindner präsentiert worden ist, ist nicht von der Hand zu weisen. Aber wer 4.500 € Studiengebühren pro Kind in der Regelstudienzeit aufwenden muss, der muss das gegebenenfalls auf die gleiche Art und Weise mit bis zu zwei, drei Monatsgehältern bezahlen. Und jetzt kommt der Unterschied zwischen Ihnen und uns an dieser Stelle: Das eine ist eine Annuität auf 25 Jahre, das andere ist die Erbringung von Studiengebühren eben in jenen neun Semestern, in jenen viereinhalb Jahren.

(Christian Lindner [FDP]: Falsch!)

Das ist an dieser Stelle der Unterschied zwischen Ihnen, Herr Lindner, und uns.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Es ist irreführend, was Sie da machen! – Weitere Zurufe)

– Ja, genau! Jetzt kommt Ihr nächster Vorhalt, es handle sich um die zukünftigen Akademiker, selbstverständlich. Die Eltern dieser zukünftigen Akademiker, denen das wehtut, sind nicht die Ärzte und Apotheker, sondern die Facharbeiter und die Krankenschwestern. Das sind die Kinder, die hinterher dadurch belastet werden.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Marc Herter (SPD): Wir können das gleich als Kurzintervention am Ende machen, bitte.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Die ist schon angemeldet.

Marc Herter (SPD): Sehen Sie, dann geht das doch.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Es gibt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hovenjürgen.

Marc Herter (SPD): Nein, keine Zwischenfrage. Wir machen das als Kurzintervention am Ende.

Dann ist hier der kommunale Anteil angesprochen worden. Das ist schon eine besondere Dreistigkeit, Herr Lindner. Erst den kommunalen Anteil auf null zu kürzen dann hier die Melodie zu spielen: Aus null

mal null mache ich hinterher einen kommunalen Anteil von 200 Millionen €. – Erst die Kommunen zu schröpfen und dann hinterher zu erzählen, dass das andere waren – dazu gehört schon eine besondere Dreistigkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Glaubwürdigkeit ist hier angesprochen worden. Diese Glaubwürdigkeit beweist sich immer dann, wenn man nicht in der Opposition sitzt, sondern wenn man in der Regierung auch entsprechende Dinge zu regeln hat. Ich stelle fest: Immer dann, wenn die FDP bei solchen Operationen in der Regierung war – Herr Lindner hat ja in freundlicher Offenheit darauf hingewiesen, dass das dann im Einzelfall Koalitionsdisziplin oder Koalitionskompromiss gewesen sei –, hat sie entsprechend mitgestimmt.

(Christian Lindner [FDP]: Wir haben hier keine Grunderwerbsteuer erhöht!)

An der Stelle in Hessen ist es ja geradezu augenfällig, dass Ihnen in dem Moment, als Sie aus der Regierung herausgewählt werden, einfällt, solche Reden zu halten, wie Sie sie hier in der Opposition gehalten haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Heuchler!)

Ich sage Ihnen: Das größte Problem, das die FDP hat, ist, dass in den meisten deutschen Bundesländern inzwischen der Prozentsatz der Grunderwerbsteuer über dem Prozentsatz liegt, den die FDP als Partei erreicht.

(Christian Lindner [FDP]: Immer auf die Schwachen, weil Ihnen das wohl Spaß macht! – Weitere Zurufe von der FDP – Christian Lindner [FDP]: Eine Arroganz, die Sie da an den Tag legen!)

Jetzt kommt durchaus der Punkt, an dem wir über Politikverdrossenheit sehr intensiv miteinander reden können. Ich stelle fest: Herr Lindner, Sie gehören nicht zu den Robin Hoods dieser Gesellschaft. Sie gehören, was Familien und Kommunen angeht, zum Sheriff von Nottingham, um ihnen das entsprechende Geld zu ziehen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Es wurde während Ihrer Rede eine Zwischenfrage von Herrn Sieveke angemeldet. Möchten Sie die zulassen?

Marc Herter (SPD): Nein, wir können das gerne als Kurzintervention machen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Es ist eine Kurzintervention angemeldet. Eine Kurzintervention pro Fraktion ist möglich. Diese ist schon vom Kolle-

gen Schemmer von der CDU-Fraktion angemeldet worden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh! – Christian Lindner [FDP]: Ich kann nicht für alles Verantwortung übernehmen; Sie ja auch nicht auf der Regierungsbank!)

Und damit hat Herr Kollege Schemmer das Wort.

Bernhard Schemmer (CDU): Grunderwerbsteuer betrifft das Thema „Wohnungsbau“ und insbesondere auch das Thema „Gewerbeimmobilien“. Ob Römer, Walter-Borjans oder Herter zu dem Thema „Wohnungsbau“: Wen trifft das und wem tut das weh? Nicht ein einziger Satz dazu hier!

Ich kann nur sagen: SPD und Grüne für den Wohnungsbau die Verantwortung in Nordrhein-Westfalen zu geben, da kann man auch gleich die Schnecken beauftragen, den Salat im Garten zu schützen. Das ist das Gleiche in grün.

2011: Grunderwerbsteuererhöhung auf 5 %. 2011: Wohnraumförderung für die sozial Schwachen senken auf 800 Millionen €. – Alles Entscheidungen gegen den Wohnungsbau. 2011: Erhöhung der fiktiven Grundsteuerhebesätze für jeden Häuslebauer und für jeden Mieter. Gegen den Wohnungsbau! 2012: Kündigungssperrfristverordnung. 2012: Zweckentfremdungsverordnung. 2012: Änderung der Wohnbauförderung mit negativen Auswirkungen.

2014: Verordnung zur Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. 2014: Kappungsgrenzenverordnung. Ich erinnere daran, dass Rot-Grün festgestellt hat, dass wir große Wohnungsnot in Bottrop und Euskirchen haben. Das sind schon gewaltige Erkenntnisse! Das Fachpublikum hat darüber gelächelt. 2014: das Wohnungsaufsichtsgesetz. Für ältere Eigentümer von Immobilien wird es schwierig, diese zu veräußern.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Kollege, anderthalb Minuten!

(Marc Herter [SPD]: Er ist noch nicht zu Ende, Herr Präsident!)

Bernhard Schemmer (CDU): Junge können sie nicht erwerben. Der Wohnungsbau dümpelt vor sich her. Bayern und Baden-Württemberg zeigen, dass es besser geht.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ausmachen!)

Dies ist Wohnungsbaupolitik à la GDL, wie diese Bahnpolitik macht.

(Lachen von der SPD – Hans-Willi Körfges [SPD]: Demagoge!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Herr Kollege Herter, bitte schön.

Marc Herter (SPD): Das war eine interessante Auf-
listung, bei der ich Ihnen durchaus zugestehen
möchte, Herr Schemmer, dass Sie sich viel Mühe
gemacht haben, das zusammenzutragen. Ich will
Ihnen aber an einer Stelle entschieden widerspre-
chen. Die eine Stelle sind die 800 Millionen €, dass
wir angeblich eine entsprechende Kürzung beim
Wohnungsbau vorgenommen hätten. Die Kürzung,
die Sie da adressieren, geht voll auf Ihr Konto.

(Beifall von der SPD)

Sie haben das Wohnungsbauvermögen über Jahre
ausgeräumt. Und dann brauchen wir von Ihnen
auch keine Belehrung, wie Wohnungsbaupolitik in
Nordrhein-Westfalen gemacht werden soll.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank,
Herr Kollege Herter. – Für die Fraktion Bündnis
90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident!
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für Herrn Droste
ist also das Höchste, was ein Mensch auf Erden er-
reichen kann, der Kauf eines Eigenheims. Das will
ich einfach nur einmal so im Raume stehen lassen.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Da haben Sie mir
nicht zugehört!)

Herr Dr. Droste, ich möchte nur eines klarstellen; da
fand ich Sie wirklich frech und dreist: Sie haben der
SPD und den Grünen vorgeworfen, dass wir – und
da meinten Sie uns wahrscheinlich einzeln und per-
sönlich – keinen Grund hätten, rechnen zu müssen.

Ausgerechnet Sie, Herr Dr. Droste, der an verschie-
denen Stellen in diesem Land – und das werden die
Transparenzregeln künftig dann ja zeigen – sehr
viel Geld, das Ihnen gegönnt sei, damit verdient,
Notarverträge zu erstellen und auch aus Vorgän-
gen, die das Land betreffen, Geld verdient, brau-
chen doch nicht persönlich die Leute hier anzugrei-
fen und ihnen vorzuwerfen, sie könnten nicht rech-
nen.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Was soll das
denn jetzt? – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Kollege, ich kann Ihnen nur sagen: Als ich der-
einst überlegt habe, ein Haus zu kaufen, habe ich
nicht mit großen Beträgen rechnen können – das
Haus war auch nicht das größte auf Erden –, son-
dern das Ganze war eine ganz schlichte Rechnung:
Ist es sinnvoller, das jetzt anzugehen, oder sollte
das lieber zu einem anderen Zeitpunkt erfolgen?

Mit dieser Moralisierung, die Sie hier betrieben ha-
ben, und dieser Beweihräucherung werden Sie der
Sache nicht gerecht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege,
würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen
Hovenjürgen zulassen?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Nein. Ich möch-
te jetzt zum Schluss kommen.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Einen Punkt möchte ich nochmals deutlich machen,
weil der Kollege Lindner darauf eingegangen ist. Al-
so, das mit der Kommunalfreundlichkeit, das geht
mir so gegen den Strich! Eigentlich hatte ich mir
vorgenommen, auf solche Punkte, die Sie hier der-
art demagogisch einbringen, nicht mehr einzuge-
hen.

(Zurufe von der FDP)

Ihre Partei hat den Innenminister gestellt, der zu
verantworten hat, dass in diesem Land nahezu alle
Kommunen in die Haushaltssicherung geschlittert
sind. Der kommunalpolitische Sprecher Engel hat
auf unsere Vorhaltungen hin immer nur gesagt:
Gebt denen ein bisschen mehr Geld und ein ver-
nünftiges Konzept; die müssen einfach nur einen
Gedankenwandel vornehmen, dann schaffen die
das schon.

Diese Partei hat den Kommunen 300 Millionen €
gestrichen,

(Christian Lindner [FDP]: Sie haben das doch
mitgetragen!)

und wir sorgen jetzt dafür, dass 1 Milliarde € mehr
bei den Kommunen ankommt. Diese Partei ist nicht
nur unglaubwürdig, sondern sie ist das, was Sie
eben in aller Offenheit gesagt haben ...

(Christian Lindner [FDP]: Ohne uns hätten
Sie den Stärkungspakt nie durch den Land-
tag bekommen! Wissen Sie das noch? – Ge-
genruf von der SPD: Von nichts eine Ahnung!
Das ist das Problem!)

– Genau. Und deshalb machen Sie sich jetzt vom
Acker, wenn es um die Finanzierung geht, ja?

Diese Partei stellt sich auch noch hin und sagt in
aller Offenheit: Wenn wir in der Opposition sind,
dann sind wir gegen die Grunderwerbsteuer, und
sobald wir in der Regierung sind, sind wir in diesem
Zusammenhang zu jedem Kompromiss bereit.

(Zurufe von der FDP)

Herr Kollege Lindner, die Wahlen mögen uns und
das Land vor Ihnen bewahren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, vielen Dank. Würden Sie bitte einen Moment hierbleiben? Es liegt eine Kurzintervention des Abgeordneten Hovenjürgen vor. – Herr Hovenjürgen, bitte schön, Sie haben das Wort.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Kollege Mostofizadeh, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, bzw. haben Sie eine Vorstellung davon, wie es den Stärkungspaktkommunen geht, nachdem die Hebesätze der Grundsteuer B in Teilen schon jetzt von 800 Punkten bis auf 1.200 Punkte erhöht worden sind? Was glauben Sie, welche Auswirkungen diese zusätzliche Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf die Entscheidung hat, ob Menschen in diese Regionen ziehen, vor allem angesichts dessen, dass bei gleichzeitigem Infrastrukturrückbau das Leben in Brennpunktbereichen am teuersten für diejenigen ist, die gebührenfähig sind?

Ich finde die Rede, die Sie gehalten haben – auch mit Hinweis auf Herrn Droste, der einem ordentlichen Beruf nachgeht –, schäbig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Hovenjürgen, zunächst einmal Entschuldigung, dass ich die Zwischenfrage nicht zugelassen habe. Ich antworte Ihnen aber sehr gerne auf Ihre Kurzintervention.

Zunächst: Ich finde es alles andere als erstrebenswert, dass die Stärkungspaktkommunen sich in der Situation befinden, in der sie derzeit sind. Wir haben jetzt 4 Milliarden € in die Hand genommen, um für Sanierungen zu sorgen und diesen Stärkungspakt aufzulegen, damit überhaupt eine Trendumkehr bewirkt wird.

Wenn die Bundesregierung auch in Verbindung mit uns für eine echte Entlastung der Kommunen durch die Entlastung bei der Eingliederungshilfe sorgen würde – wofür Sie möglicherweise die besten Drähte nach Berlin haben –, dann würden diese Maßnahmen vielleicht nicht in einem solchen Ausmaß notwendig sein.

Ich halte es für keine gute Entwicklung, wie sie sich zum Beispiel im Kreis Recklinghausen darstellt, in dem Sie ja wohnen. Ich würde es besser finden, wenn wir diese hohen Grundsteuer-B-Sätze in den Kommunen nicht benötigen.

Nur: Wenn Sie ein Sanierungskonzept verlangen – einerseits ausgeglichene Haushalte und andererseits solide Einnahmen –, dann kommen wir um einen harten Konsolidierungskurs nicht herum. Es wäre besser – das will ich betonen –, wenn wir im Bereich der Vermögensbesteuerung – bei der Erbschafts-

besteuerung zum Beispiel – für die Einnahmen sorgen würden, um die Kommunen, um die es konkret geht, nicht nur zu entlasten, sondern dort für Investitionen in die Zukunft zu sorgen.

Das haben Sie als CDU bisher nicht gemacht, und die FDP ist davon immer Lichtjahre entfernt gewesen. Deshalb ist sie auch abgewählt worden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich abstimmen über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/7147. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/7147 an den Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, der über die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/7170**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 16/7170 an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

7 Stopp der Veräußerung von Kunstwerken zur Haushaltssanierung!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7063

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7241

In Verbindung mit: